

Piraten setzen sich ein:

- ✓ für Privatsphäre im digitalen und im echten Leben
- ✓ für informationelle Selbstbestimmung
- ✓ für ein faires Patentrecht
- ✓ für den Erhalt der Privatkopie und ein gerechteres Urheberrecht
- ✓ für den transparenten Staat anstatt des gläsernen Bürgers
- ✓ für mehr Basisdemokratie und gegen Lobbyismus
- ✓ für die Beibehaltung der Unschuldsvermutung im Strafrecht
- ✗ gegen Patente auf Lebewesen, Gene, Geschäftsideen und Software
- ✗ gegen Vorratsdatenspeicherung, Onlinedurchsuchung und zunehmende Überwachung
- ✗ gegen die Missachtung des Grundgesetzes und der Menschenrechte

Wieso „Piraten“?

Als Piratenpartei bezeichnen sich in verschiedenen Ländern gegründete politische Parteien, die einen freien Wissensaustausch anstreben, eine Reformierung des Urheber- und Patentrechts fordern, besseren Datenschutz, mehr Informationsfreiheit und verwandte Themen verfolgen. Gegründet wurden die Piraten in Deutschland im September 2006, in Niedersachsen gibt es uns seit Juli 2007.

Der Name „Piratenpartei“ wurde gewählt, um dagegen zu protestieren, dass harmlose Bürger, die lediglich privat Musik oder Filme tauschen wollen, als „Raubkopierer“ bezeichnet werden.

Unser Ziel ist es, neben den im Parteiprogramm stehenden Punkten, speziell Themen für und von Niedersachsen, politisch einzubringen. Denn wir gestalten jetzt die Zukunft unserer Kinder.

Piraten treffen / Kontaktieren

Die Piraten Niedersachsen treffen sich regelmäßig zu Stammtischen und Informationsveranstaltungen. Orte, Termine und Zeiten und viele weitere Informationen gibt es auf unserer Website.

E-Mail-Kontakt: info@piraten-nds.de

Unsere Postanschrift:
Piraten Niedersachsen
Postfach 4732
30047 Hannover



www.piratenpartei-niedersachsen.de



**FREIHEIT
BILDUNG
DEMOKRATIE**

**Ziele und Visionen
für Niedersachsen**

Unsere Ziele und Visionen für Niedersachsen

Versammlungsrecht

Wir wollen ein freiheitliches Versammlungsgesetz. Der Staat hat die Aufgabe dafür zu sorgen, dass den Bürgern geeignete Mittel und Wege offen stehen, um ihren Anliegen öffentlich Ausdruck zu verleihen. Die Bestrebungen, ein Versammlungs-Verhinderungs-Gesetz in Niedersachsen zu etablieren, lehnen wir ab – auch wenn dies durch die Föderalismusreform 2006 möglich geworden ist.

Wir wollen keinen überbordenden Bürokratismus oder versteckte Polizeieinsätze bei Demonstrationen. Wir wollen das Demonstrationsrecht für alle Bürger gemäß dem Grundgesetz gestalten.

Atom-Müll

Wir fordern eine sofortige Beendigung der Bestrebungen, aus Niedersachsen das „Atom-Klo“ für Europa zu machen. Eine Anhäufung und Einlagerung dieses vermeidbaren Mülls können und wollen wir nicht akzeptieren.

Bis dies von uns erreicht ist, setzen wir uns für eine Umlage der Kosten auf die Verursacher ein. Diese sind für Transport, Sicherung und Einlagerung voll in Verantwortung zu setzen.

Bildungspolitik

Wir setzen uns für eine freie und umfassende Bildung ein. Dabei ist uns der Abbau von Bildungshürden besonders wichtig: Bildung sollte allen Menschen zugänglich sein, unabhängig von ihrem sozialen Status. Ein kostenfreier Zugang zu Bildung ist dafür genau so wichtig wie Lernmittelfreiheit und der Ausbau von Krippen- und Kindergartenplätzen. Damit es in den Schulen guten Unterricht und auch ein akzeptables Betreuungsverhältnis geben kann, müssen mehr Lehrkräfte eingestellt, angemessen bezahlt und ausreichend ausgebildet werden.

„Polizeigesetz“

Das aktualisierte niedersächsische „Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ erlaubt es den staatlichen Kräften – trotz bereits massiv geäußerter Kritik – unter fadenscheinigen Argumenten in Wohnungen einzudringen. Sowohl real durch die Tür, wie auch (geplant) virtuell auf den heimischen Computer.

Wir fordern eine Abkehr von diesen Maßnahmen, die nur medienwirksam sind, aber im realen Leben nichts bewirken, außer einen massiven Eingriff in unsere Grundrechte. Wir wollen die Bedürfnisse der Polizei berücksichtigen, und nicht der paranoiden Wahnvorstellung eines hundertprozentigen Sicherheitsstaates unterliegen.

Solidarität

Die Piratenpartei steht für eine wahrhaft soziale Marktwirtschaft. Wir möchten den Konkurrenzdruck durch mehr Solidarität entschärfen. Soziale Fehlentwicklungen sollen gestoppt werden – an entsprechenden Gesetzentwürfen wird gearbeitet. Die Erfahrungen aus der Geschichte werden nun ausgewertet, um künftigen Fehlentwicklungen wie Not und Krieg entgegen zu wirken.

Es wird in der Piratenpartei keine Ungleichbehandlung wegen der Herkunft, Hautfarbe oder Sexualität geduldet. Wirtschaftliches Handeln soll sich auch in Zukunft lohnen, ohne jedoch die Erfolge auf dem Leid anderer zu begründen.

Überwachung

Unter dem Vorwand der Kostenersparnis werden nach und nach Maßnahmen eingeführt, die weder eine reale noch eine gefühlte Sicherheit bringen. Kriminalität wird an andere Orte verlagert, aber nicht verhindert oder gar bekämpft. Wir fordern: weniger Technik im Kampf gegen das Verbrechen, sondern mehr kompetentes Personal für Polizei und Justiz.

Vorratsdatenspeicherungen

Zunehmend werden immer mehr Daten über unser alltägliches Verhalten auf Vorrat, also ohne konkreten Grund oder Verdacht, sowohl vom Staat wie auch von der Privatwirtschaft gespeichert.

Bereits jetzt wird für sechs Monate gespeichert, wer wann mit wem von welchem Ort wie kommuniziert. Das gilt für Festnetz, Mobilfunk, E-Mail wie auch auch für den Internetzugang. Aber auch die Daten von Reisenden im Flug- und Schiffsverkehr werden bis zu 14 Jahre lang gespeichert, abgeglichen und verarbeitet. Durch den elektronischen Entgeltnachweis (ELENA) und die Identifikationsnummer (ehemals Steuer-ID) verdichten sich diese Informationssammlungen noch weiter; von Geburt an bis weit über den Tod hinaus.

Im Zusammenhang mit der Ermächtigung zur Rasterfahndung und anderen staatlichen Gesetzen, aber auch im Zuge der Datenskandale, sind solche Vorratssammlungen extrem bedenklich, wenn nicht sogar gefährlich. Ein Schutz der Privatsphäre für den Bürger wird immer schwerer. Das wollen wir ändern.

Verwaltungsrecht

Im Verwaltungsrecht wurde im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung das Widerspruchsverfahren abgeschafft. Das bedeutet, dass in der Regel kein Widerspruch gegen Verwaltungshandeln mehr eingelegt werden kann, sondern auch bei „klein(st)en Angelegenheiten“ der kostenpflichtige Klageweg vor den Gerichten beschritten werden muss. Damit wird das effektive Recht des Bürgers, sich gegen möglicherweise willkürliche oder gar falsche Entscheidungen der Verwaltung zu wehren, stark eingeschränkt. Wir wollen diese Benachteiligung des Bürgers gegen den behördlichen Apparat aufheben.